

Haushalt 2006

Meine Damen und Herren,

in Eitorf ist heute eine Ära zu Ende gegangen. Wie viele bedeutende geschichtliche Ereignisse völlig unbemerkt. Erstmals seit langer Zeit hörten wir nicht die berühmte Standardaussage, „dieser Haushalt trägt die Handschrift der CDU.“ Der Sieg hat bekanntlich viele Väter, die Niederlage dagegen ist ein Waisenkind. Das war bereits den Menschen der Antike bekannt. Wenn eine Epoche zu Ende geht, beginnt etwas Neues. In Eitorf ein Rückgriff in die Urgeschichte der Menschheit. Die Suche nach dem Schuldigen. Das Prinzip des Sündenbocks, der -beladen mit der Schuld der Welt- für andere geopfert werden muss. Der Bürgermeister legt den Haushalt vor, also ist er schuldig. Die Geschäftsleute haben nichts getan, schuldig. Die Immobilienbesitzer haben nur in die eigene Tasche gewirtschaftet: Schuldig. Die Bevölkerung die Auskunft verlangt, dabei unschuldige Ratsmitglieder quält und von wichtigen Aufgaben abhält: Schuldig. Auch Rot/Grün ist schuldig, weil die in Düsseldorf einen Scherbenhaufen hinterlassen haben und die Landesregierung jetzt gezwungen ist die Zuschüsse an die Gemeinden um 5 %, bei den Investitionskosten sogar um 20 %, zu kürzen. Besonders schuldig aber sind die Eitorfer Grünen. Waren die doch von Anfang an gegen eine, wie sich erst in den letzten Tagen herausstellte, von der HBB vorgeschlagene Kombination Rathausstandort/Gewerbegebiet. Also konnte die große Koalition nur dafür sein. Die Kosten für die Sitzungen im Bürgerzentrum stürzten die Gemeinde in die Insolvenz. Alle sind schuldig, dass dieser Haushalt nicht mehr die Handschrift der CDU trägt! Alle. Außer der CDU.

Aber bleiben wir auf dem Teppich. Schuldzuweisungen bringen uns nicht weiter. Dieser Haushaltsentwurf trägt den Stempel: „Nicht genehmigungsfähig.“ Einnahmen und Ausgaben befinden sich nicht mehr im Gleichgewicht. Ausbleibende Zuweisungen, hohe Arbeitslosigkeit und rapide wachsende Verschuldung belasten den Entwurf. Ein Ausgleich ist unter den jetzt herrschenden Verhältnissen nicht in Sicht. Natürlich könnten wir die Steuern erhöhen, das Bad schließen und den Ratsmitgliedern auch noch die Flasche Wasser bei den Sitzungen streichen. Alles hat jedoch seine Grenzen.

Wir haben sehr lange vor der Tür des Armenhauses herumgelungert. Einige Male gelang es unter Ausschöpfung sämtlicher Sparmaßnahmen der Zwangseinweisung zu entkommen. Nunmehr haben wir das Ende des Weges erreicht. Dabei befinden wir uns in guter Gesellschaft. Inzwischen dürfte ein großer Teil der Kommunen dort angekommen sein. Jammern bringt uns jedoch nicht weiter. Es gilt Auswege aus der Krise zu finden. Allerdings und das möchte ich hier betonen, ohne der Globalisierung Tür und Tor zu öffnen und dabei den sozialen Zusammenhalt aufzugeben. Die Zeit der Betonköpfe und klassischen Politsaurier mit ihren Standardphrasen: „Wir waren schon immer der Meinung...“ geht zu Ende. Gewerbegebiete für großflächige Industrie- oder Gewerbeansiedlung sind nicht mehr gefragt. Großflächiger Einzelhandel auf der grünen Wiese die Vorstellung von vorgestern. Zukunft gestaltet man nur mit Kreativität, Motivation und Einsatz. Vor allem aber gilt es Schwerpunkte zu setzen.

Für Eitorf bieten sich zwei klassische Handlungsfelder an:

Ortsentwicklung und Bildung.

Im Bereich Bildung findet sich im Haushaltsentwurf das naturwissenschaftliche Zentrum. Hier sind wir allerdings noch in einem sehr frühen Stadium der Planung. Pädagogisches Konzept, Schulentwicklungsplan, Folgekosten, Ausstattungskosten und endgültige Kosten sind alles Fragen die noch im Raum stehen. Und bereits jetzt hebt der Kämmerer mahnend den Finger. Trotzdem sollten wir versuchen den Schwerpunkt der Investitionen im

Schulbereich zu setzen. Finnland hat es vorgemacht. Bekanntlich stehen die bei PISA ganz oben und die Wirtschaft boomt. Dort hat man erkannt, dass man nur mit Produkten wettbewerbsfähig sein kann, bei denen Wissen und Technik mehr zählen als Arbeitskraftkosten. Daneben ist eine gute Schullandschaft ein wichtiger Standortfaktor für junge Familien. Weitere Standortfaktoren sind aber auch eine intakte Umwelt und das soziale Umfeld. Auf Dauer gesehen sind gute Schulen somit eine der wichtigsten Formen der Wirtschaftsförderung.

Der Zweite Schwerpunkt muss im Bereich der Ortsentwicklung liegen. Ein umfassendes, dann aber auch fortzuschreibendes Entwicklungskonzept, in dem die Entwicklung der Gemeinde für die nächsten zwanzig Jahre aufgezeigt wird. St. Augustin macht es uns vor. Der Vertrag mit der Metro läuft in etwa 10 Jahren aus und bereits jetzt macht man sich Gedanken darüber wie es danach weitergehen soll. In Eitorf dagegen wird immer nur reagiert wenn eine Entscheidung ansteht. Solche konzeptlosen Einzelfallentscheidungen können tödlich für eine Kommune sein, die Vorgänge im Laufe des letzten Jahres im Zusammenhang mit dem Fachmarktzentrum haben das nur zu deutlich gezeigt.

Ein Stadtentwicklungskonzept kann nur auf der Grundlage eines städtebaulichen Gutachtens erarbeitet werden, was bisher allerdings von allen Parteien mit Ausnahme der Grünen abgelehnt wurde. Hauptargument: Kein Geld. Gleichzeitig jedoch werden gewaltige Ressourcen der Verwaltung im Zusammenhang mit dem Fachmarktzentrum verschwendet. Die dadurch entstandenen Kosten werden leider kaum zu beziffern sein. Nach Vorliegen eines solchen Gutachtens wäre der zweite Schritt eine umfassende Diskussion in Form einer Zukunftswerkstatt wie bei ILEK. Unter Einbeziehung aller –und ich betone hier aller– Betroffenen aus Politik und Gesellschaft. Dafür muss man jedoch die parteipolitische Brille absetzen, das übliche Machtgebarren einmal vergessen und geplante persönliche Denkmäler zu Grabe tragen. Ohne guten Willen und ohne die Bereitschaft zum Dialog kommen wir keinen Millimeter weiter.

Allen die es noch nicht begriffen haben sei hiermit gesagt, wir leben in einer Informationsgesellschaft. Das alte Preußen, die Zeit der geheimen Räte und der Hinterzimmerpolitik ist vorbei. Konspirative Verabredungen einiger weniger, die damit die Geschicke von Gemeinwesen steuern wollen, stoßen auf Unverständnis. Da helfen auch keine Publikums- und Wählerbeschimpfungen derjenigen, die nicht fähig sind die Zeichen der Zeit zu erkennen. Mit den Vorstellungen von vorgestern, kann man keine Zukunft gestalten! Auch sind die Menschen in den Kommunen nicht mehr bereit jede Information bröckchenweise aus einer allmächtigen Verwaltung und verstockten Politikern herauszuprügeln und deren leere Phrasen zu schlucken.

Es nutzt nichts den Eitorfer Einzelhändlern, die ohnehin schon am Stock gehen, auch noch die Krücken wegzutreten. Dadurch werden die auch nicht schneller. Erst wenn alle Bürgerinnen und Bürger, insbesondere aber Politik und Verwaltung begriffen haben, „Du bist Eitorf“, werden wir in der Lage sein, die kommenden Probleme überhaupt anzugehen und den Menschen in Eitorf wenigsten einen kleinen Hoffnungsschimmer für die Zukunft zu bieten.

Es gilt das Bestehende zu bewahren und durch neue, vernünftige Komponenten behutsam zu ergänzen. Für die die es nicht wissen, das nennt man Wertkonservativ. Für Luftschlösser, Politdenkmäler und radikalen Kahlschlag durch wild gewordene Investoren darf bei uns kein Platz sein. Auch wenn die Mittel knapp sind, gibt es in Eitorf immer noch ein Potential das es auszuschöpfen gilt. Dass Geschäftsleute durchaus bereit sind sich zu engagieren, wurde in der Vergangenheit, insbesondere aber im letzten Jahr immer wieder deutlich. Ergänzt durch entsprechende Fördertöpfe bis hinauf auf EU-Ebene dürfte hier einiges zu bewegen sein. Hier wäre es an der Zeit, dass ein Mitarbeiter der Verwaltung sich intensiv um diese Möglichkeiten kümmert. Erst einmal jedoch gilt es verlorenes Vertrauen zurück zu gewinnen.

„Rien ne vas plus“, nichts geht mehr bei den Ausgaben. Der Kämmerer wird zum wichtigsten Mann, der mit Notverordnungen die Gemeinde gerade noch über Wasser hält. Umso wichtiger ist es vorhandene Stärken herauszustellen und da wo möglich zu verbessern. Eine dieser Stärken ist eine gut funktionierende offene Jugendarbeit. Die Folgen einer fehlenden Jugendarbeit sind allgemein bekannt und brauchen hier nicht erneut diskutiert werden. Die Vorstellung Jugendarbeit nur mit Ehrenamtlern zu betreiben geht jedoch an der Sache vorbei. In einem so sensiblen Bereich brauche ich Fachkräfte. Natürlich können die jederzeit durch Ehrenamtler ergänzt werden. Es kann jedoch nicht sein, dass Eitorf eigentlich 4 ½ Stellen für die Offene Jugendarbeit zustehen, aber nur noch eine vorhanden ist und das bei 3,189 Millionen € Jugendamtsumlage, die wir an den Kreis zahlen. Gerade in dieser Frage jedoch lieferte ein Großteil des Eitorfer Rates ein, leider muss ich dieses Wort verwenden, erbärmliches Schauspiel. Statt klar und offen zu einer Entscheidung gegen die Stelle in der Offenen Jugendarbeit zu stehen, räumte man lieber das Feld und meinte so einer unpopulären Entscheidung zu entkommen. Die Quittung seitens der Kommunalaufsicht liegt nunmehr vor.

So bitte nicht! Abgesehen davon, dass die Fraktion der Grünen um ihr Recht gebracht wurde Anträge zu stellen, wurden so ganz nebenbei, da die Fristen verstrichen sind, auch noch einige Tausend Euro verschwendet. Die Frage, ob die zweite Stelle in der Jugendarbeit besetzt wird, ist weiter offen. Unser Antrag die Stelle im Stellenplan auch entsprechend auszuweisen, muss gemäß Weisung der Kommunalaufsicht erneut diskutiert werden. Unter diesen Umständen kann eigentlich niemand guten Gewissens dem Stellenplan heute zustimmen. Wir werden es jedenfalls nicht tun. Es ist bezeichnend, wie im Zusammenhang mit dieser Stelle argumentiert wurde. Erst hieß es, es gelte eine einjährige Wiederbesetzungssperre. Dann aber stellte sich heraus, dass der Rat durchaus das Verfahren zur Besetzung der Stelle in der Hand hat, wenn er die Stelle für unverzichtbar hält. Aber auch in dieser Frage mussten wir erst wieder einmal bei der Kommunalaufsicht nachfragen.

Unverzichtbar aber ist aus Sicht der CDU die Stelle des Beigeordneten. Dabei sind die Zeiten der großen Projekte vorbei. Eitorf ist auf Tabellenplatz 18 der Kommunalen Liga angekommen. Hier spielt nur noch, wie beim 1. FC Köln, Not gegen Elend. Wir stellen die Frage, ob unter diesen Umständen ein Beigeordneter für die Zukunft noch nötig ist. Vorgeschrieben ist er nicht. Einer der Amtsleiter kann zum allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters ernannt werden. Dass wir Amtsleiter in Eitorf haben die dazu in der Lage sind diesen Posten auszufüllen, das haben die tragischen Ereignisse der Vergangenheit gezeigt. Es wäre einen Versuch wert die Stelle für ein Jahr nicht zu besetzen und zu sehen was passiert. Wenn es nicht geht, muss man die entsprechenden Konsequenzen daraus ziehen. Mit der so eingesparten Summe könnte der eine oder andere Wunsch, wie z.B. das Naturwissenschaftliche Zentrum eine finanzielle Grundlage bekommen. Man muss nur den Mut haben Experimente zu wagen und ganz neue Wege in der Politik zu gehen. Hierzu bedarf es jedoch eines radikalen Umdenkens.

Wahlbeamte die „ihre“ Partei mit Informationen versorgen und zuarbeiten und damit erhebliche Vorteile verschaffen, würden verschwinden und der Staat wäre nicht mehr die „Beute der Parteien“. Alle politischen Parteien wären endlich wieder einmal gezwungen selbst Ideen zu entwickeln, die nicht durch das klassische Verwaltungsdenken beeinflusst wären. Der Große Gewinner dabei wären die Bevölkerung und letztendlich die Demokratie. Hier bietet sich ein klares Konzept gegen die allgemeine Politikverdrossenheit. Auf eigene Vorteile verzichten, sich einem fairen Wettbewerb stellen und mit den Menschen die Belange der Gemeinde vorantreiben. Nur so kann man Zukunft gestalten.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.